PLENUM AKTUELL

INFORMATIONEN DER SPD-FRAKTION IM HESSISCHEN LANDTAG

Ausgabe 02/2020 – 20. Februar

DIE FRAKTION HESSEN SPD

NANCY FAESER

Fraktionsvorsitzende der SPD-Landtagsfraktion

LIEBE LESERIN, LIEBER LESER,

dies ist eine besondere Ausgabe von „Plenum aktuell“. Denn wir alle stehen noch unter dem Eindruck des rechtsterroristischen Anschlags in Hanau. Unser ganzes Mitgefühl und unsere Solidarität gehören den Familien und Freunden der Opfer. Ich wünsche den Hinterbliebenen, dass sie die Kraft finden, die nötig ist, um den Schmerz und die Trauer über den Verlust der geliebten Menschen zu ertragen und nicht daran zu zerbrechen.

Die Fraktionen im Hessischen Landtag haben gestern beschlossen, die Plenarsitzung nach einer Schweigeminute zu beenden. Denn im Angesicht des entsetzlichen Geschehens von Hanau war es unmöglich, zum parlamentarischen Alltag überzugehen.

Erschütterung, Fassungslosigkeit und Trauer prägen unser Empfinden nach den grausamen Morden in Hanau. Dennoch werden wir uns nicht der Pflicht entziehen, das, was geschehen ist, aufzuarbeiten und aufzuklären. Da, wo die Grundlagen unseres Gemeinwesens von rechter Hetze und rechtsradikaler Gewalt bedroht werden, muss der Rechtsstaat mit der gebotenen Härte zufassen.

Doch die Aufgabe geht weit über die staatlichen Institutionen hinaus: Wir alle sind gefordert, um die Gesellschaft vor einer weiteren Radikalisierung zu bewahren. Helfen Sie dabei mit, unser Land vor denen zu beschützen, die mit Hass und Hetze in Wort und Schrift den Boden bereiten für rassistische Gewalt, für Mord und Terror. Stellen wir uns gemeinsam denen in den Weg, die unsere weltoffene, freiheitliche und tolerante Demokratie zerstören wollen. Darum bitte ich Sie von ganzem Herzen.

Ihre Nancy Faeser

KOMMUNEN BEI KITA-FINANZIERUNG ENTLASTEN

SETZPUNKT DER SPD-FRAKTION

„Verlässliche und höhere Landeszuschüsse bei den Investitions- und den Betriebskosten sind notwendig“, machte Lisa Gnadl in der Debatte zum SPD-Antrag zur Stärkung der frühkindlichen Bildung deutlich. Dazu müsse das Land mehr eigenes Geld in die Hand nehmen. Der Antrag habe zum Ziel, die Kommunen bei der Kita-Finanzierung zu entlasten. Während der Bund mit mehreren Investitionsprogrammen und dem Gute-Kita-Gesetz hunderte Millionen für die Verbesserung der Kinderbetreuung bereitgestellt habe, sei das Engagement des Landes unzureichend, kritisierte die familienpolitische Sprecherin. „Der Hessische Städtetag hat ausgerechnet, dass insgesamt mehr als die Hälfte der so genannten „Landeszuschüsse“ Mittel sind, die eigentlich den Kommunen gehören“, verdeutlichte sie. Zudem habe sich die Belastung der kommunalen Haushalte durch den Ausbau der Kinderbetreuung in den letzten zehn Jahren annähernd verdoppelt. Hier sei dringende Entlastung nötig, zumal eine qualitativ gute Kinderbetreuung von gesamtgesellschaftlicher Bedeutung sei. Gnadl kritisierte außerdem, dass das Land selbst bei der Verteilung von Bundeszuschüssen aus den Kita-Investitionsprogrammen an die Kommunen versage. „Viele Kommunen wussten bei der Aufstellung ihrer Haushalte für dieses Jahr nicht, ob sie mit einer Förderung rechnen können“, so Gnadl. Das sei unprofessionell und müsse sich dringend ändern. Und auch der Frage, woher das dringend benötigte Personal eigentlich komme soll, müsse sich Schwarzgrün endlich stellen.

DANK AN HESSISCHE POLIZEI

In der Aussprache zur Regierungserklärung des Innenministers kritisierte Günter Rudolph die Arbeitsbedingungen der Polizeibeamtinnen und -beamten. Denn, so der Parlamentarische Geschäftsführer, fast drei Millionen Überstunden, ein hoher Krankenstand, unzählige Zusatzdienste und teilweise fehlende Perspektiven für die berufliche Entwicklung würden es den Polizeibeamten in Hessen nicht leicht machen. „Deswegen danke ich den Beamtinnen und Beamten umso mehr, dass sie Tag für Tag für unsere Sicherheit arbeiten“, so Rudolph. Zum Inhalt der Polizeilichen Kriminalstatistik 2019, die Anlass für die Regierungserklärung war, sagte er, dass die vorgelegten Zahlen allein nichts aussagten über den tatsächlichen Zustand der Inneren Sicherheit. Besorgniserregend sei, dass die politisch motivierte Kriminalität in Hessen deutlich zugenommen habe, insbesondere im rechtsextremen Bereich. Die relativierenden Aussagen des Innenministers, es handele sich lediglich um Propagandadelikte, seien dabei wenig hilfreich. „Wir wissen aus der jüngsten Vergangenheit: Den Worten folgen Taten“, so Günter Rudolph. Ebenfalls besorgniserregend sei die Zunahme der Zahlen bei der Kriminalität gegen ältere Menschen sowie bei der Internet- und Cyberkriminalität und hier insbesondere im Bereich der Kinderpornographie. „Alle Experten gehen gerade hier von einer sehr hohen Dunkelziffer aus. Seit Jahren fordern wir eine umfassende Dunkelfeldstudie, wie es sie in einigen Bundesländern schon gibt. Auch hier muss der Innenminister endlich seine Blockadehaltung aufgeben“, forderte Rudolph. Sehr ernst zu nehmen sei der deutliche Anstieg von Gewalt gegen Polizeibeamte, aber auch gegen Rettungsdienstmitarbeiter und Feuerwehrleute.

LOHNDUMPING VERHINDERN

TARIFTREUE- UND VERGABEGESETZ

Nachdem die Landesregierung sich mit den Problemen im hessischen Vergaberecht nicht auseinandergesetzt hatte, hat nun die SPD-Fraktion einen eigenen Gesetzentwurf vorgelegt. „Es gibt viele Hinweise darauf, dass die bestehenden rechtlichen Regelungen nicht ausreichen, um bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen Lohndumping zu verhindern“, erklärte die wohnungspolitische Sprecherin Elke Barth den Hintergrund des Gesetzesvorhabens. Das Hauptproblem des derzeit gültigen Hessischen Vergabe- und Tariftreuegesetzes (HVTG) bestehe in den lückenhaften Kontrollmechanismen, vor allem wenn der eigentliche Auftragnehmer auf Subunternehmer zurückgreife, erläuterte Barth. Die SPD-Fraktion fordere daher die Einrichtung einer Prüfbehörde des Landes bei den Regierungspräsidien, die verdachtsunabhängige Stichprobenkontrollen vornehmen könne. „Denn“, so Barth, „ein Gesetz, dessen Einhaltung nicht kontrolliert werden kann, ist das Papier nicht wert, auf dem es steht.“ Zudem wolle die SPD-Fraktion die Zahl der Subunternehmer bei öffentlichen Aufträgen auf drei Stufen begrenzen.

WEIDETIERHALTUNG

Trotz einiger Kritikpunkte stimmten die Sozialdemokraten einem Antrag von CDU und Grüne für eine Weidetierprämie im Landtag zu. „Es handelt sich bei dem Antrag um den berühmten ersten wichtigen Schritt. Erst vor kurzem haben die Weidetierhalter in Wiesbaden demonstriert. Wir haben ihnen parteiübergreifend versprochen, dass wir sie besser unterstützen wollen, als es bislang durch die Landesregierung geschieht. Wir wollen, dass es in der Sache vorwärts geht. Deshalb stimmen wir für den Antrag, auch wenn einzelne Punkte nicht mehr als Symbolpolitik sind“, erklärte dazu der landwirtschaftspolitische Sprecher Heinz Lotz.

HAUSÄRZTLICHE VERSORGUNG SICHERSTELLEN

SPD LEGT GESETZENTWURF VOR

„Die Nachbesetzung von Hausarztsitzen in ländlichen Regionen wird immer schwieriger“, beschrieb Dr. Daniela Sommer das Problem der hausärztlichen Versorgung in Hessen. „Deshalb muss die Politik endlich handeln und Maßnahmen ergreifen, die jungen, an einer Landarzttätigkeit interessierten Menschen, die Möglichkeit eines Studiums der Medizin eröffnet und sie dann auch tatsächlich für eine Tätigkeit im ländlichen Raum gewinnt“, erklärte die gesundheitspolitische Sprecherin das Gesetzesvorhaben der SPD-Fraktion. Der demografische Wandel, die Zunahme chronischer Erkrankungen, der Fachkräftemangel im medizinischen und pflegerischen Bereich stelle das Flächenland Hessen vor wachsende Herausforderungen. „Ziel muss die beste medizinische Versorgung für alle Menschen in Hessen sein, in den Städten genauso wie auf dem Land“, erklärte Sommer. Nach dem Gesetzentwurf sollen zehn Prozent aller in Hessen zur Verfügung stehenden Medizinstudienplätze für jene zum Medizinstudium zugelassenen Bewerber reserviert werden, die sich bindend verpflichten, nach Abschluss ihres Studiums und der Facharztausbildung für Allgemeinmedizin für mindestens zehn Jahre eine hausärztliche Tätigkeit in einem unterversorgten Gebiet aufzunehmen.

Impressum:
SPD-Fraktion
im Hessischen Landtag
Schlossplatz 1-3
65183 Wiesbaden

Redaktion:
Christoph Gehring (verantwortlich),
Isabel Neumann,
Gerfried Zluga,
Martina Häusl-David

Aus Respekt vor den Opfern von Hanau und deren
Angehörigen wurde die 35. Plenarsitzung
des Hessischen Landtags am Donnerstag,
dem 20. Februar 2020, um 9.35 Uhr
nach einer Gedenkminute geschlossen.